

Der Bürgermeister erläutert den Stellenplan 2015 und die darin enthaltenen Veränderungen. Er macht klar, dass insbesondere die Entwicklungen im Asyl-Bereich die Einrichtung zusätzlicher Stellen notwendig macht. Eine zusätzliche Verwaltungsstelle ist bereits durch eine interne Umbesetzung geschaffen worden. Daneben werden für die geplante Asylbewerberunterkunft in der Blumenstraße zwei Hausmeisterstellen benötigt; diese werden aber erst besetzt, wenn die neue Asylbewerberunterkunft bezugsfertig ist. Darüber hinaus soll ein Sozialarbeiter eingestellt werden, der für entsprechende Unterstützung im Bereich der Integration sorgen soll. Ferner gibt er an, dass bereits eine halbe Stelle für den Bereich „Wohnungsbauförderung“ eingerichtet worden ist. Hierzu wurde die Verwaltung vom Land aufgefordert. Des Weiteren wurde die bisherige Befristung einer Stelle im Bereich Stadtplanung aufgehoben. Hierbei handelt es sich um die Mitarbeiterin, die das Innenstadtkonzept begleitet und dafür zuständig ist. Ohne diese Stelle könne das Innenstadtprojekt nicht verantwortlich weitergeführt werden, da alternative Personalressourcen nicht zur Verfügung stehen. Er weist zudem darauf hin, dass die beantragte halbe Stelle für die Erstellung eines Integrationskonzeptes (Antrag der CDU-Fraktion im Ausschuss für Soziales, Sport und Integration) nicht in den Stellenplan aufgenommen worden ist. Die Begründung hierfür liegt darin, dass der OBK im November ein kommunales Integrationszentrum eingerichtet hat. Von dort soll ein mit den Kommunen abgestimmtes Konzept binnen eines Jahres erarbeitet und verabschiedet werden. Daher sieht die Verwaltung hier keinen entsprechenden Handlungsbedarf, parallel ebenfalls ein solches Konzept zu erarbeiten. Abschließend teilt er dem Ausschuss mit, dass im nächsten Jahr ein Nachtragsstellenplan von der Verwaltung vorgelegt werden könnte, da noch die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen für die Fachbereiche Bauverwaltung und Sicherheit und Ordnung ausstehen. Laut einer ersten Einschätzung des Gutachters gibt es zumindest in Bereich der Bauverwaltung einen Mehrbedarf an Personal.

Auf Nachfrage von Herrn Ullmann erklärt der Bürgermeister, dass alle Kommunen vom OBK, also auch Radevormwald, bei der Erstellung des Integrationskonzeptes beteiligt werden sollen.

Des Weiteren bittet Herr Ullmann um Auskunft, ob mit der Streichung einer Stelle im Bereich der Feuerwehr die vorgeschriebenen Hilfsfristen noch eingehalten werden können.

Hierzu führt der Bürgermeister an, dass die geforderten Stellen des Brandschutzbedarfsplanes auch unter Berücksichtigung der Streichung eingehalten werden. Er macht aber deutlich, dass mehr Personal selbstverständlich positive Auswirkungen auf die Einhaltung der Hilfsfristen hat.

Herr Müller möchte wissen, ob bereits erste Gespräche im Hinblick auf das Angebot von ehrenamtlicher Hilfe für die Asylanten stattgefunden haben.

Der Bürgermeister gibt an, dass man zunächst bemüht ist, die Stelle des Sozialarbeiters schnellstmöglich zu besetzen, damit erste Maßnahmen im Bereich der ehrenamtlichen Unterstützung ergriffen werden können.

Frau Butz ergänzt weiter, dass bereits zwei Schulen signalisiert haben, sich bei der Sprachförderung mit einbringen zu wollen. Entsprechende Arbeitskreise sollen im neuen Jahr gebildet werden.

Herr Ebbinghaus merkt an, dass der Stellenplan entgegen der von der Verwaltung angestrebten Streichung von jährlich zwei Stellen nun sogar auf eine Stellenvermehrung von 0,8 Stellen

kommt. Seiner Meinung nach müsste für die Einhaltung der Stelleneinsparungen zukünftig ein entsprechendes Konzept erstellt werden.

Der Bürgermeister stimmt Herrn Ebbinghaus zu, macht aber klar, dass die vorliegende Stellenvermehrung grundsätzlich der unvorhergesehenen Entwicklung im Asylbereich geschuldet ist. Solche Gegebenheiten sind nicht planbar bzw. können nicht beeinflusst werden. Er betont weiter, dass in den Bereichen, wo ein Stellenabbau erfolgen kann, dieser auch vorgenommen wird. Der Bürgermeister macht abschließend aber noch einmal klar, dass die Anforderungen bzw. die zu erledigenden Tätigkeiten auch den vorhandenen Personalressourcen entsprechen müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Schlüter versichert der Bürgermeister, dass bei einem entsprechenden Nachtragsstellenplan auch ein Vorschlag zur Gegenfinanzierung der zusätzlichen Stellen vorgelegt wird, um den Haushaltsausgleich im Jahre 2022 nicht zu gefährden.